

Bündnis gegen Schwarzarbeit geschlossen



Am 4. Juni 2014 haben der zweite Vorsitzende der IG Metall, Jörg Hofmann, der Vizepräsident vom Zentralverband der Elektrohandwerke (ZVEH), Lothar Hellmann und Finanzminister Dr. Wolfgang Schäuble in Berlin ein Bündnis gegen Schwarzarbeit im Elektrohandwerk verabredet. Damit haben wir als Tarifvertragsparteien mit dem Bundesministerium für Finanzen und den Zollbehörden ein umfangreiches Handlungs- und Kontrollprogramm vorgelegt, um die Schwarzarbeit zu bekämpfen und die Einhaltung der Mindestentgelte zu sichern.

Ziele sind:

- 1. Die Beachtung der bundesweiten elektrohandwerklichen Mindestentgelte als Mindeststandards.**
- 2. Ein gemeinsames präventives Handeln zur Vermeidung von Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung und die Schärfung eines allgemeinen Bewusstseins für die negativen Folgen von Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung.**
- 3. Die Förderung eines fairen Wettbewerbs unter gleichen Bedingungen statt ruinöser Preiskonkurrenz durch illegale Praktiken.**
- 4. Die ordnungsgemäße Entrichtung von Sozialabgaben und Steuern durch alle Unternehmen der Elektrohandwerke.**
- 5. Ein konsequentes, gemeinsames Vorgehen bei der Einhaltung von Gesetzen und Verordnungen gegenüber Arbeitgebern, Arbeitnehmern und Auftraggebern bei der Bekämpfung von illegaler Beschäftigung und gewerbsmäßiger Schwarzarbeit.**
- 6. Die Fortentwicklung bestehender Tarifverträge zur Förderung der Zukunftsfähigkeit der Elektrohandwerksbetriebe und ihrer Arbeitnehmer durch die Tarifvertragsparteien.**



Jörg Hofmann, Zweiter Vorsitzender der IG Metall:

„Liebe Kolleginnen und Kollegen im Elektrohandwerk, diese Bündniserklärung der Tarifvertragsparteien gegen Schwarzarbeit und zum Mindestentgelt im Elektrohandwerk trägt dazu bei, eure Arbeits- und Lebensbedingungen zu verbessern. Verbessert werden auch die Bedingungen der Elektrounternehmen, die ehrlich und fair mit ihren Beschäftigten umgehen. Uns und dem ZVEH ist es

ernst mit der Einhaltung von Mindestbedingungen und der Kontrolle. Fairer Wettbewerb unter den Betrieben und Arbeitnehmer, die für ihre Arbeit nicht mit einem Hungerlohn abgespeist werden, ist dafür Grundvoraussetzung. Jeder Arbeitgeber, der sich nicht daran hält, hat auf dem Markt des Elektrohandwerkes nichts verloren!

Das Bündnis fordert andere Handwerks- und Dienstleistungsbranchen auf, aktiv mit den DGB-Gewerkschaften die Chance zu nutzen, mit Tarifverträgen bis hin zu gesetzlichen Mindestentgelten und Mindestarbeitsbedingungen dafür zu sorgen, dass die illegale Beschäftigung und Wettbewerbsverzerrungen im Handwerk und Dienstleistungen in der Bundesrepublik ein Ende haben.“

„Wir müssen den Sumpf von Dumpinglöhnen und Wettbewerbsverzerrungen inkl. der Schwarzarbeit endlich trocken legen. Mehr Kontrollen der Zollbehörden sind dafür ein geeignetes Mittel. Wir appellieren an alle Arbeitgeber und Beschäftigte, den Behörden Missbrauch zu melden, damit im Elektrohandwerk in den nächsten Jahren keine weiteren ordentlichen Arbeitsplätze verloren gehen und die Arbeitnehmer ein Einkommen zum Auskommen haben.“

Alwin Boekhoff, Verhandlungsführer Elektrohandwerk Bundesrepublik Deutschland, IG Metall-Vorstand:

„Wir müssen den Sumpf von Dumpinglöhnen und Wettbewerbsverzerrungen inkl. der Schwarzarbeit endlich trocken legen. Mehr Kontrollen der Zollbehörden sind dafür ein geeignetes Mittel. Wir appellieren an alle Arbeitgeber und Beschäftigte, den Behörden Missbrauch zu melden, damit im Elektrohandwerk in den nächsten Jahren keine weiteren ordentlichen Arbeitsplätze verloren gehen und die Arbeitnehmer ein Einkommen zum Auskommen haben.“



Bündniserklärung:

Das Bundesministerium der Finanzen, der Zentralverband der Deutschen Elektro- und Informationstechnischen Handwerke – ZVEH – und die Industriegewerkschaft Metall schließen sich zu einem branchenbezogenen Aktionsbündnis gegen Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung zusammen.

Wir sind gemeinsam der Auffassung, dass

- es nicht hinnehmbar ist, dass in den Elektrohandwerken durch Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung Betriebe und Arbeitnehmer, die sich an Gesetze und Tarifverträge halten, in ihrer Existenz und Wettbewerbsfähigkeit gefährdet und damit auch Sozialversicherungsträger und die öffentliche Hand geschädigt werden.



- ⇒ ● sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze in den Elektrohandwerken verloren gehen oder nicht geschaffen werden können, solange es nicht gelingt, die Tätigkeit von Betrieben und Arbeitnehmern, die sich durch Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung unlautere Wettbewerbsvorteile verschaffen, wirksam zu unterbinden.

Unsere Ziele:

Zur Erreichung der vorgenannten Ziele verpflichten sich die Bündnispartner zu einer engen Zusammenarbeit. Insbesondere werden wir

- öffentlich in einem Bündnis gegen Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung zusammenwirken,
- Betriebe und Arbeitnehmer sowie die Öffentlichkeit über die schädlichen Folgen von Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung und deren strafrechtliche Konsequenzen verstärkt aufklären,
- den Informationsaustausch zwischen den Verbänden und der Finanzkontrolle Schwarzarbeit weiter verbessern,
- auf regionaler Ebene Strukturen zur Unterstützung des bundesweiten Bündnisses schaffen,
- einen Arbeitskreis auf Bundesebene einrichten, der praktische Ansätze zur verbesserten Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung in der Branche Elektrohandwerke erarbeitet und dazu auch die Wirksamkeit der geltenden gesetzlichen Bestimmungen sowie ggf. deren Änderung erörtert.

Das Bundesministerium der Finanzen wird im Rahmen der Bündnisarbeit die von konkreten Fragestellungen betroffenen Bundesministerien beteiligen und zu den Bündnissitzungen einladen.

Die Finanzkontrolle Schwarzarbeit der Zollverwaltung wird unter Einbeziehung der von den Bündnispartnern erlangten Erkenntnisse zusätzliche Maßnahmen zur Bekämpfung von Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung in den Elektrohandwerken entwickeln und sich darauf konzentrieren, regelmäßige Kontrollen aller dort tätigen Betriebe und Personen auch außerhalb allgemein üblicher Arbeitszeiten sowie am Wochenende durchzuführen sowie aktuelle Verschleierungsformen illegaler Beschäftigung und gewerbsmäßiger Schwarzarbeit in den Blick zu nehmen.

Der Zentralverband der Deutschen Elektro- und Informationstechnischen Handwerke und die Industriegewerkschaft Metall ergreifen Maßnahmen, um ihre Mitglieder zur Einhaltung der gesetzlichen Regelungen anzuhalten und informieren das Bundesministerium der Finanzen über neue Entwicklungen in Zusammenhang mit Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung.

